

Großteil der Probanden der Stimulus nicht gefällt. Allerdings fehlt die Diskussion darüber, ob die Ablehnung eventuell nur für Wahlanzeigen gilt oder durch die Stimuli begründet ist.

Insgesamt bietet die Dissertation eine umfangreiche Aufarbeitung des Forschungsstandes zu Negativkampagnen in Deutschland und den USA sowie eine anschauliche Nachzeichnung der bundesdeutschen Wahlkämpfe. Die praktischen Hinweise für das Anwenden von Negativkampagnen (z.B. „Wer auf Nummer sicher spielen will, sollte sich gegen den Angriff entscheiden. Wer ein Risiko eingehen will, kann dafür durchaus belohnt werden“, S. 337) sowie der Fragenkatalog für Wahlkampfakteure für das Ob und Wie eines potenziellen Einsatzes (S. 343f.) fassen die wichtigsten Ergebnisse pointiert zusammen und sind für Praktikerinnen und Praktiker sicherlich hilfreich. Als eine zentrale Schlussfolgerung stellt Schmücking heraus, dass Negativkampagnen nicht demobilisierend wirkten, sondern sogar vorteilhaft für eine Demokratie sein könnten (S. 339). Aufgrund der der recht stark verzerrten Experimentalgruppen (S. 220f.) bedarf dieses Ergebnis aber noch weiterer Überprüfung. Auch unpräzise formulierte Hypothesen können mehrfach nicht bestätigt werden. Bedauerlich ist, dass aus forschungspraktischen Gründen viele Einschränkungen an der Arbeit vorgenommen wurden, sodass keine der beiden Studien zu verallgemeinerbaren Erkenntnissen kommt. Zukünftige Forschung sollte es sich deshalb zur Aufgabe machen, solche verallgemeinerbaren Resultate zu Negativkampagnen in Deutschland zu liefern. Mit Schmückings Arbeit ist aber ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung getan.

Jana Lassen

Switek, Niko: Bündnis 90/Die Grünen. Koalitionsentscheidungen in den Ländern, Nomos, Baden-Baden 2015, 392 S., ISBN 978-3-8329-5385-0, € 29,90.

In seiner 2015 an der Universität Duisburg-Essen vorgelegten Dissertationsschrift untersucht Switek die vermeintlich überraschende *Koalitionsflexibilität* der Partei Bündnis 90/Die Grünen in den Bundesländern mittels eines mikropolitischen Ansatzes, der innerparteiliche Prozesse und Fixierungen in den Blick nimmt. War es bei den Grünen anfänglich, so Switek, „ein mühsamer innerparteilicher Prozess [...] eine Mehrheitsfähigkeit zumindest für Koalitionen mit den Sozialdemokraten zu organisieren“ (S. 187), so ließ sich die Partei insbesondere seit Mitte/Ende der 2000er-Jahre auf diverse Farbenspiele ein, „von Schwarz-Grün über Schwarz-Gelb-Grün bis Rot-Rot-

Grün“ (S. 187). Um zu verstehen, wie es zu den farbenfroheren Sondierungen und Kombinationen gekommen ist, studiert Switek anhand von Gesprächen und Interviews „mit den beteiligten Akteuren“ (S. 87) diverse „Fälle von Koalitionsbildungen der Grünen auf Länderebene seit der Etablierung des Fünfparteiensystems ab 2005“ (S. 16), und zwar unter Berücksichtigung der „Logik der abweichenden Fälle, die von der Koalitionstheorie nicht hinreichend erklärt werden können“ (S. 74), somit jenen, die „dem von Ortman herausgestellten Typus der Innovationsspiele im Gegensatz zu den Routinespielen“ (S. 75) entsprechen. Hierzu gehören, im Gegensatz zu Koalitionsbildungen mit der SPD, dem konventionellen oder routinierten politischen Partner, etwa Koalitionen mit der CDU allein oder mit der CDU und der FDP.

Die Genese des Untersuchungsobjekts ist auf den ersten Blick bemerkenswert: Die Grünen, nunmehr „multi-koalitionsfähig“ (S. 13), waren anfänglich, in der Außenwahrnehmung wie im inneren Verständnis mehrheitlich, eine „Outsider-Partei“ (S. 95) und „Anti-Parteien-Partei“ (S. 123), deren Ankunft und andauernder Aufenthalt im politischen System mitnichten gesichert schien. Doch seit dem ersten Regierungsbündnis auf Länderebene mit grüner Beteiligung, nämlich jenem mit der SPD in Hessen zwischen 1985 und 1987, entpuppen sich die Grünen in den Bundesländern als ansprechbar für facettenreiche Koalitionen, mit mehr oder minder langlebigem Erfolg. So koalierten die jeweiligen Ländergrünen mit der CDU in Hamburg (2008–2010), mit der CDU und der FDP im Saarland (2009–2012) sowie mit der Partei DIE LINKE und der SPD in Thüringen (seit 2014). Auf den zweiten Blick (und auf weitere Blicke) ist dies womöglich weniger bemerkenswert, u.a. eingedenk dessen, dass die Grünen, trotz bestimmter *eigen-sinniger* Parteistrukturen, einer spezifischen „Organisationskultur mit ihrem basisdemokratischen Erbe und dem Einfluss informeller Strömungsstrukturen“ (S. 342), im politischen System angekommen sind und systemkonform operieren: Als (auch selbst ernannte) Programmpartei mit unterschiedlichen Strömungen ist es den Grünen insbesondere wichtig und für sie überlebenswichtig, zentrale programmatische Aspekte umzusetzen, für die sich allerdings unterschiedliche Partner finden lassen können. So gibt es Verbindungspunkte nicht nur mit der SPD, sondern, zumindest grundsätzlich und plausibel konstruierbar, auch mit konservativen Parteien wie der CDU (Stichwort: Nachhaltigkeit) oder mit dezidiert linken Parteien wie der Partei DIE LINKE (Stichwort: Reform des Schulsystems) (S. 236). Angesichts dessen erscheint die Koalitionsflexibilität nicht unbedingt

als Beliebigkeit, wie Parteikritiker meinen könnten, sondern tatsächlich als Flexibilität, somit als jene „Eigenschaft“, wie der Duden bestimmt, derzufolge sich die Partei „leicht bewegen lässt“. Dies muss nicht zwingend zum *Umkippen* führen, wenngleich die, wenn man es so auszudrücken wünscht, Gefahr hierzu besteht.

In Switeks Buch ist – angesichts des gewählten methodischen Ansatzes nicht überraschend – häufig von „Spielen“ die Rede, etwa von *Koalitionsspielen*, *Routinespielen*, *Farbenspielen* oder von *Innovationspielen*. Die Strapazierung der Anleihe an das „Spiel“ ist analytisch letztlich wenig dienlich; das Buch bietet explikativ kaum Momente, die über Bekanntes oder Naheliegendes hinausweisen. Dies ist nicht dem Autor, sondern dem Gegenstand zuzuschreiben, der letztlich auf eine Beschreibung innerparteilicher politischer Realität und Machtverwirklichung verpflichtet. In der Untersuchung finden sich entsprechend diverse wenig überraschende Schlüsse. Auf der vorletzten Seite des Textes heißt es etwa: „Den neuen Koalitionen kommt zunächst ein Präzedenzfall-Charakter zu. Mit den ersten Sondierungen und der Umsetzung erster Bündnisse in einer bestimmten Farbkonstellation sinkt in der Folge der innerparteiliche Widerstand. Der Charakter des Neuen schleift sich ab, das Modell etabliert sich und wird einfacher umzusetzen“ (S. 356). Dies ist so zutreffend wie augenscheinlich. Umfassend erweist sich der Wert der Studie im Deskriptiven und in der Sammlung von Information, die einen relevanten Einblick in das Innenleben von Bündnis 90/Die Grünen ermöglicht. Hierzu gehören die geführten und zitierten Interviews, etwa mit Landesvorsitzenden in der Partei. An Switeks Buch ist dann nicht vorbeizukommen, wenn man sich mit der einst rebellisch-romantisch anmutenden grünen Partei auseinandersetzen sucht, und zwar deswegen, weil es lehrreich und mit weitreichender Recherche auf die Bedingungen und Einflussfaktoren verweist, welche die Koalitionsrealität der Grünen bestimmen. Dies macht das Buch zu einem relevanten Titel für die Parteien- und Koalitionsforschung bundesrepublikanischer Gegenwartspolitik.

Dr. des. Christoph Sebastian Widdau

Vielhaber, Barbara: Mitgliederpartei oder Professionalisierte Wählerpartei, Springer VS, Wiesbaden 2015, 233 S., ISBN 978-3-658-08127-0, € 59,99.

In ihrer Dissertation „Mitgliederpartei oder Professionalisierte Wählerpartei“ greift Barbara Vielhaber die Party-Change-Debatte auf, rückt die Mandatsträ-

ger/innen der SPD und CDU in Nordrhein-Westfalen bzw. deren Parteiorganisationsverständnis in den Mittelpunkt und geht so zwei Leitfragen nach: „1) Welche Grundannahmen der Parteienwandeldebatte und welche wesentlichen Charakteristika der unterschiedlichen Modelle lassen sich aus Sicht politischer Mandatsträger/innen bestätigen oder verneinen? 2) Welche normativen Positionen und Erwartungen werden im Kontext Professionalisierung und Mitgliederorientierung von den politischen Akteuren vertreten?“ (S. 13).

Nach einer Einleitung wird allerdings nicht, wie zu erwarten wäre, die parteientypologische Forschung aufgegriffen, sondern zunächst (zu) umfassend der „Wandel seit den 60er Jahren als Hintergrund der Parteienwandelforschung“ (S. 17 ff.) thematisiert. In diesem Kapitel führt die Autorin aus, welcher Gesellschaft und welchen strukturellen Arbeitsbedingungen Mandatsträger/innen nunmehr gegenüberstehen. Angesprochen werden u.a. Milieu- und Ideologieverlust, gesellschaftlicher Wandel und das Politiker-Image sowie Veränderungen durch die Mediengesellschaft bzw. durch die Professionalisierung der Politik. Erst auf Seite 73 der gut 200 Seiten starken Dissertation kommt die Autorin auf das eigentliche Objekt ihrer Untersuchung zu sprechen, die verschiedenen Organisationsmodelle politischer Parteien. Aus ihrer Sicht bilden dabei die Mitgliederpartei und die professionelle Wählerpartei zwei sich gegenüberstehende Extremtypen, wobei sie die von ihr selbst herausgestellte Dichotomie mit einem dritten Parteienmodell, der Kartellpartei, durchbricht. Dieser Bruch ist systematisch unglücklich und verdeutlicht das Problem des Kapitels: Die drei Modelle werden nacheinander einzeln besprochen, eine echte vergleichende Betrachtung bzw. eine Abstrahierung des Gegensatzes Mitglieder vs. Berufspolitiker unter Berücksichtigung weiterer, aktueller Parteitypen, zudem fokussiert auf die später zu untersuchenden Teilaspekte von Parteien, fehlt weitgehend. Lediglich eine Tabelle am Ende des Kapitels deutet einen Vergleich der nunmehr drei Modelle an. Dies ist bedauerlich, da gerade der Modellvergleich die Gelegenheit gegeben hätte, klare Thesen für die empirische Analyse zu entwickeln. Allerdings, dies ist positiv herauszustellen, werden die drei Modelle systematisch auf vier übliche, gleichwohl nicht theoretisch abgeleitete Dimensionen geprüft (Bedeutung von Mitgliedern; Handeln von Mandatsträgern/innen; Kräfteverhältnis innerhalb der Organisation; Bedeutung der Parteien im politischen System). Auf diesen konzeptionellen Teil folgt eine breitere Betrachtung der parteilichen Selbstverständnisse von SPD und CDU, die Gegenstand der späteren empirischen Untersuchung sind.